

FREIBERUFLER-TICKER vom 4. Juni 2021

1. Startschuss für „Sommer der Berufsausbildung“

Die duale Ausbildung ist ein attraktives Erfolgsmodell mit Zukunft. Die Corona-Pandemie macht es jedoch schwieriger, erfolgreich in das neue Ausbildungsjahr zu starten. Auszubildende sind davon genauso betroffen wie Betriebe auch aus den Freien Berufen. Im „Sommer der Berufsausbildung“ (#AusbildungSTARTEN) wollen die Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung, darunter auch der BFB, von Juni bis Oktober 2021 deshalb bei jungen Menschen und Betrieben für dieses Erfolgsmodell werben. Mit Themenaktionstagen und einer breiten Auswahl an Veranstaltungen auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene sollen die vielfältigen Unterstützungsangebote bekannter gemacht werden. Dies alles ist eingebunden auf einer gesonderten [Kampagnen-Website](#). Der BFB flankiert das gemeinsame Engagement der Allianzpartner mit einer eigenen [Kampagne](#), die fortlaufend durch weitere Elemente angereichert wird.

2. Bundesbildungsministerin im Dialog

Bei der digitalen Veranstaltung „Karliczek trifft...“ am 31. Mai 2021 sprach Anja Karliczek MdB (CDU), Bundesministerin für Bildung und Forschung, mit Auszubildenden und Ausbildern, um sich mit ihnen über die Pandemie und ihre Folgen auf den beruflichen, schulischen und privaten Alltag auszutauschen. Dabei gab es auch einen Einblick in den Ausbildungsalltag einer angehenden zahnmedizinischen Fachangestellten, auf Vorschlag des BFB in Abstimmung mit der Bundeszahnärztekammer. Der Dialog ist [hier](#) abrufbar.

3. Altmaier zieht Bilanz zu einem Jahr Konjunkturpaket

In einem [Videostatement](#) zog Peter Altmaier MdB (CDU), Bundesminister für Wirtschaft und Energie, am 2. Juni 2021 eine Zwischenbilanz zu einem Jahr Konjunkturpaket zur Abfederung der Folgen der Corona-Krise. Dank Staatshilfen von fast 300 Milliarden Euro habe die deutsche Wirtschaft das Schlimmste mittlerweile überstanden. Durch verschiedene Instrumente konnten vermutlich mehr als eine Million Arbeitsplätze erhalten bleiben. Zudem sei die Zahl der Insolvenzen niedriger als noch vor der Krise. Altmaier hält ein Wirtschaftswachstum von bis zu vier Prozent für möglich. Für die nächsten Monate sei ein Mix an Instrumenten erforderlich, darunter auch eine Verlängerung der Hilfen für bedürftige Unternehmen über den 30. Juni 2021 hinaus, offen sei, ob bis Ende September 2021 oder bis zum Jahresende 2021, er plädiere für letzteres. Eine Einigung innerhalb der Koalition hierzu erwarte er in der kommenden Woche.

4. OECD-Wirtschaftsausblick Frühjahr 2021 veröffentlicht

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) [veröffentlichte](#) am 31. Mai 2021 die Frühjahrsausgabe ihres Wirtschaftsausblicks. Demnach verbesserten sich die Aussichten für die konjunkturelle Entwicklung 2021 weltweit. Für Deutschland wird ein Wachstum von 3,3 Prozent für 2021 und 4,4 Prozent für das kommende Jahr prognostiziert. Zudem bescheinigt die OECD dem deutschen Arbeitsmarkt zum Jahresanfang 2021 Robustheit und keinen Zuwachs der Arbeitslosigkeit. Die OECD-Wissenschaftler empfehlen der Bundesregierung, die Impfkampagne in Deutschland weiter zu beschleunigen, zum Schutz der Bevölkerung und zur Ermöglichung einer Normalitätsrückkehr. Weitere wichtige Maßnahmen aus OECD-Sicht zur Unterstützung des Wachstums könnten Erhöhungen bei den Steuererleichterungen für Forschung und Entwicklung sowie Risikokapitalfinanzierung sein. Ebenfalls wird angeregt, dass Lehrkräften mehr Fortbildungen angeboten werden, um einen

effektiven Einsatz digitaler Technologien in den Schulen sicherzustellen. Das größte Risiko für die weitere wirtschaftliche Erholung bestehe laut OECD darin, dass die Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit durch neue Virusvarianten oder langsame Impffortschritte verzögert werden könne.

5. Erste Anzeichen für eine umfassende Besserung am Arbeitsmarkt

Überdies sind die Folgen der Corona-Krise immer noch sehr deutlich sichtbar, werden aber etwas geringer. So die [Einschätzung](#) der Bundesagentur für Arbeit anlässlich der monatlichen Pressekonferenz am 1. Juni 2021. Im Zuge der Frühjahrsbelegung liegt die Zahl der Arbeitslosen im Mai 2021 mit 2.687.000 um 84.000 niedriger als im Vormonat. Saisonbereinigt ist sie um 15.000 gesunken. Die Arbeitslosenquote sank um 0,1 Prozentpunkte auf 5,9 Prozent. Im Vergleich zum Mai des vorigen Jahres verringerte sich die Arbeitslosenzahl um 126.000. Die Arbeitslosenquote verzeichnet im Vorjahresvergleich ein Minus von 0,2 Prozentpunkten. Allerdings war der Mai 2020 bereits massiv von der Corona-Krise betroffen. Überdies wurde nach aktuellen Daten zu geprüften Anzeigen vom 1. bis einschließlich 26. Mai für 96.000 Personen konjunkturelle Kurzarbeit angezeigt. Damit gab die angezeigte Personenzahl weiter deutlich nach.

6. Ergebnisse des KfW-Fachkräftebarometers veröffentlicht

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) [veröffentlichte](#) am 1. Juni 2021 die Ergebnisse des KfW-ifo-Fachkräftebarometers. Demnach nahm der Fachkräftemangel in Deutschland im Frühjahr 2021 deutlich zu, im April 2021 sahen sich knapp 24 Prozent aller Firmen vom Fachkräftemangel betroffen, eine Verdopplung zum Vorjahr (11,9 Prozent). Des Weiteren stieg der Fachkräftemangel seit Jahresbeginn über alle Wirtschaftsbereichen hinweg an, am stärksten im Bauhauptgewerbe (von Januar bis April 2021 von 18,2 auf 25,5 Prozent), im Verarbeitenden Gewerbe von 14,9 auf 19,4 Prozent, im Handel von 11,8 auf 15,9 Prozent und im Dienstleistungsbereich von 25,2 auf 26,4 Prozent. Überdies wies das KfW-ifo-Fachkräftebarometer einige Branchen mit sehr stark ausgeprägtem Fachkräftemangel aus: die Rechts- und Steuerberatung sowie Wirtschaftsprüfung (54,8 Prozent), gefolgt von Architektur- und Ingenieurbüros (42,1 Prozent) sowie Dienstleistungen der Informationstechnologie (37,2 Prozent). Der Anstieg des Fachkräftemangels ist zum einen auf die wieder zunehmende Arbeitskräftenachfrage im Zuge der konjunkturellen Erholung seit dem Sommer 2020 zurückzuführen. Zum anderen ging das Arbeitskräfteangebot stark zurück, weil die Nettozuwanderung aus dem Ausland pandemiebedingt sank. Das Fazit des KfW-ifo-Fachkräftebarometers ist, dass der Fachkräftemangel die deutsche Wirtschaft ohne weiteres Gegensteuern zunehmend beeinträchtigen wird. Deshalb braucht Deutschland eine Strategie zur Fachkräftesicherung für die Nach-Corona-Zeit. Auch identifiziert die KfW die folgenden möglichen Hebel zur Sicherung des Fachkräfteangebots: qualifizierte Zuwanderung, höhere Erwerbsbeteiligung sowie bedarfsgerechte Qualifizierung und lebenslange Weiterbildung.

7. 350 Millionen für IT-Sicherheitsforschung

Mit dem Forschungsrahmenprogramm „[Digital. Sicher. Souverän.](#)“ startet die Bundesregierung laut einer Mitteilung vom 2. Juni 2021 ein 350 Millionen starkes Programm, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung eingebracht wurde. Damit bündelt die Bundesregierung die Aktivitäten zur IT-Sicherheitsforschung.

8. Studie „Digitalisierung im Schulsystem“

Obwohl die Corona-Pandemie die Digitalisierung an Schulen beschleunigte, gibt es nach wie vor große Baustellen. Die technische Ausstattung hinkt weiter hinterher, gleichzeitig stieg die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte. Zudem wird das Lernen mit digitalen Medien an deutschen Schulen extrem ungleich umgesetzt und es gibt große Unterschiede bei der digitalen Infrastruktur. Das geht aus der repräsentativen Studie „Digitalisierung im Schulsystem“ hervor, die die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am 2. Juni 2021 [vorstellte](#). Danach arbeiten 70 Prozent der Lehrer an Schulen, an denen WLAN für alle Lehrkräfte zur Verfügung steht. Die Hälfte der Schulen hat kein WLAN für die Schüler. Nur 57 Prozent der Lehrkräfte sind an Schulen tätig, an denen es für den Unterricht genügend digitale Geräte gibt. 58 Prozent nutzten regelmäßig Lernmanagementsysteme.

9. Doppelte Besteuerung der gesetzlichen und privaten Altersvorsorge

Der Bundesfinanzhof legte mit Urteil vom vergangenen Montag Berechnungsgrundlagen zur doppelten Besteuerung von Renten fest und zeigte damit eine drohende Doppelbesteuerung künftiger Rentnergenerationen auf ([Urteil vom 19. Mai 2021, Az. X R 33/19](#)). In einem zweiten Urteil entschied er außerdem, dass es bei privaten Renten systembedingt nicht zu einer doppelten Besteuerung kommen kann ([Urteil vom 19. Mai 2021, Az. X R 20/19](#)). Dies hat Auswirkungen auf die Besteuerung zukünftiger Altersrenten. Das Bundesfinanzministerium kündigte für die kommende Wahlperiode eine Änderung der Besteuerung der Rentenbeiträge zusammen mit der Reform der Einkommensteuer an. Eine mögliche Lösung ist es, die volle Steuerbefreiung der Rentenbeiträge, die aktuell für 2025 vorgesehen ist, bereits früher umzusetzen. Dadurch sollen bestimmte Fälle, in denen es möglicherweise zu einer Doppelbesteuerung kommen kann, abgefedert werden. Dies könnte gegebenenfalls auch Selbstständige, die in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind, insbesondere Selbstständige, die freiwillig in die gesetzliche Pflichtversicherung eingetreten sind, und Selbstständige, die Beiträge an berufsständische Versorgungswerke erbringen, betreffen.

10. Europäisches Semester: EU-Kommission veröffentlicht Empfehlungen zur Fiskalpolitik

Eine am 2. Juni 2021 vorgelegte [Mitteilung](#) sowie konkrete Empfehlungen sollen den Mitgliedstaaten helfen, ihre wirtschaftliche Erholung voranzutreiben und dabei das EU-Aufbauprogramm [NextGenerationEU](#) bestmöglich zu nutzen. Das Europäische Semester wird in diesem Jahr mit den [Aufbau- und Resilienzplänen](#) verknüpft. In diesen legen die Mitgliedstaaten wie etwa Deutschland dar, welche Investitionen und Reformen sie aus dem EU-Aufbauprogramm finanzieren werden. In ihrem nun vorgelegten Entwurf für eine Empfehlung des Rates schlägt die Europäische Kommission bezüglich [Deutschland](#) dreierlei vor: (1) Im Jahr 2022 neben einem unterstützenden finanzpolitischen Kurs die national finanzierten Investitionen beizubehalten. (2) Wenn es die wirtschaftlichen Bedingungen erlauben, eine Finanzpolitik zu verfolgen, die darauf abzielt, mittelfristig eine umsichtige Haushaltslage zu erreichen und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen – bei gleichzeitiger Erhöhung der Investitionen. (3) Es sollten nachhaltige und wachstumsfördernde Investitionen im Vordergrund stehen, insbesondere solche, welche die grüne und digitale Transformation unterstützen. Zudem gelte es, solchen finanzpolitischen Strukturreformen Vorrang zu geben, die dabei helfen, die politischen Prioritäten zu finanzieren und zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beizutragen.

11. Stundenlohn variiert in EU stark

Der Bruttostundenverdienst unterscheidet sich stark zwischen den Berufen. Ausgehend von detaillierten Verdienstdaten für 2018 war Manager in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) der bestbezahlte Beruf. Auf EU-Ebene lagen Manager mit einem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 28,60 Euro vor den Fachkräften mit 21,40 Euro, gefolgt von den Technikern mit 17,80 Euro. Das [teilte](#) das statistische Amt der EU Ende vergangener Woche mit. Insgesamt lag der mittlere Bruttostundenverdienst des bestbezahlten Berufes in der EU etwa dreimal so hoch wie der des am schlechtesten bezahlten Berufes.

12. Personalie: Wintels soll KfW-Vorstandsvorsitzender werden

Das Bundesministerium der Finanzen als Verwaltungsratsvorsitz der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie stellten dem Bundeskabinett am 2. Juni 2021 den gemeinsamen [Vorschlag](#) zur Besetzung des KfW-Vorstandsvorsitzes durch Stefan Wintels vor. In einer flankierenden Mitteilung heißt es, nach verschiedenen leitenden Positionen war Wintels sechs Jahre Deutschlandchef und Vorstandsvorsitzender der Citigroup Global Markets Deutschland AG, seit einem Jahr ist er Co-Head, Global Financial Institutions Group, Bereich Banking, Capital Markets & Advisory der Citigroup. Nun steht noch die Bestellung durch den KfW-Verwaltungsrat am 23. Juni 2021 aus.